

uni.lu nach dem Sommergewitter

Dunkle Wolken waren Ende Juni/Anfang Juli am Luxemburger Uni-Himmel aufgezogen. Aber nicht die schwüle Sommerhitze hatte sie mit sich gebracht, sondern die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung. Schon während der Koalitionsverhandlungen war nämlich die Absicht durchgesickert, die Uni auf ein bescheideneres Maß zurechtzustutzen. Daraufhin waren von Seiten der Tages- und vor allem der Wochenpresse Blitz und Donner auf die junge Universitätsgründung herabgeprasselt. Während woxx (25.6.2004) einen korrekten Bericht über die Misere an der Uni schrieb und vor allem die lähmende Entscheidungsunlust der Verantwortlichen beklagte, schüttete Land-Chefredakteur Mario Hirsch (23.7.2004) seine ganze Häme über die in seinen Augen als Totgeburt zu betrachtende Uni aus und nannte, wie der Feierkrop, auch Namen: der Regierungskommissar und der Interimsrektor seien „offensichtlich der Herausforderung nicht gewachsen“ gewesen.

michel pauly

Dieser Gewitterhagel brachte aber offenbar die in der Tat notwendige Katharsis. Während der zum Regierungskommissar an der Uni beförderte Englischlehrer im Hochschulministerium auf Tauchstation ging, ging der Vizerektor und geschäftsführende Rektor Jean-Paul Lehnert an die Presse und schrieb dem universitären Lehrkörper einen Brief, eine Woche später gefolgt von seiner Kollegin Vizerektorin Adelheid Ehmke.

Blitzableiter

Ob diese Schritte genügen werden, um das interne Vertrauen wieder herzustellen und endlich einen regelmäßigen internen Informationsfluss und Gedankenaustausch zu initiieren, muss abgewartet werden. Immerhin werden zwei Vollversammlungen der Universität pro Jahr angekündigt; am CUnLux hatte es nicht einmal einen Neujahrsumtrunk gegeben.

Während Lehnert in einem *Télécran*-Interview (Nr. 31/2004) jeden Stillstand in der Planung der neuen Uni leugnet, erklärt er dem Lehrkörper in seinem Brief, dass er Entscheidungen zurückgehalten hat, weil er dem neuen Rektor nicht vorgehen wollte. Und er kündigt einen Aktionsplan an. Sechs Monate nach dem Tod von François Tavenas scheint also die dadurch ausgelöste Lähmung (oder muss man sagen das Alibi?) end-

lich (auf)gelöst zu sein. So sei z. B. das Strategiepapier fast fertiggestellt. Die Vizerektorin kündigt ihrerseits die baldige Fertigstellung eines Entwurfs für Zielvereinbarungen mit der Regierung an, um einen vierjährigen Finanzierungsplan aufzustellen, der endlich Planungssicherheit herstellen soll. Deren Abwesenheit ist in der Tat zur Zeit eine der schlimmsten Stressfaktoren bei allen Universitätsangehörigen. Insofern lag der *forum*-Beitrag in der Nr. 234/2004, der eine langsamere Gangart verlangte, völlig richtig. Lehnert ist Recht zu geben, wenn er Hirsch im *Télécran* antwortet: „So ein Projekt braucht mehr Zeit. Wenn das nicht vermittelbar ist, müssen wir Kritik hinnehmen.“ Diese Kritik hätte man allerdings vermeiden können, würde man die öffentliche Debatte nicht scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Immerhin geht aus Lehnert's Initiative hervor, dass nicht in naher Zukunft mit einem neuen Rektor zu rechnen ist. Der von *Le Jeudi* am 1. Juli 2004 als aussichtsreichster Kandidat genannte Niederländer hat offensichtlich den Posten nicht bekommen, weil die Regierung nicht bereit war, genug Geld in das Projekt zu stecken. Damit ist das Problem aber nicht gelöst, denn auch der Vizerektor sagt im schon zitierten Interview, 30 Millionen seien ungenügend: „Dieses Budget muss um ein Mehrfaches erhöht werden, wenn

forum freut sich auf Reaktionen auf diesen Artikel, die wir auf unserer Internet-Seite (www.forum-online.lu) publizieren werden. Reaktionen bitte an forum@pt.lu.

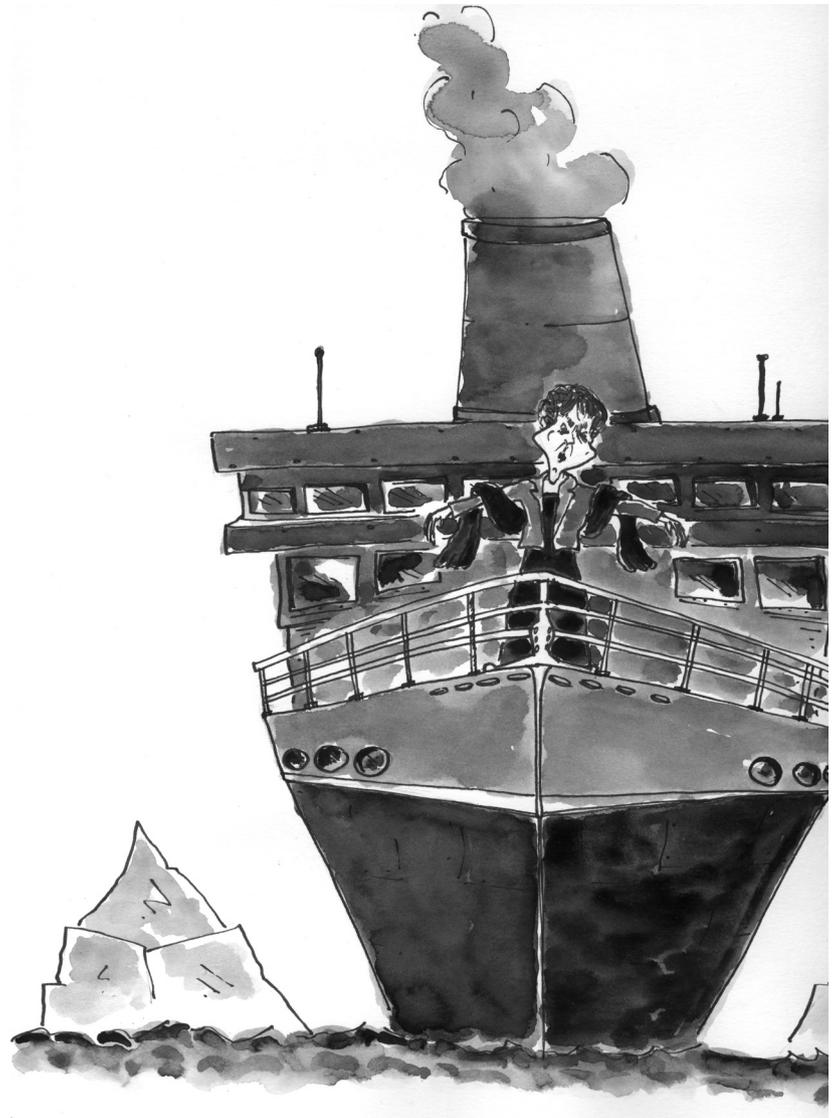
wir den Ansprüchen einer modernen Universität gerecht werden wollen.“ Die neue Koalition hat sich offenbar darauf verständigt, eher die Ansprüche zurückzuschrauben als das Budget zu erhöhen. Die an Hybris grenzenden Ambitionen der vergangenen Hochschulministerin bzw. ihres Beraterstabs, die die Neugründung zum Prototyp der Universität des 21. Jahrhunderts machen wollten und Spitzenwissenschaftler aus aller Welt nach Luxemburg zu verpflichten versprochen, haben also ausgedient. Das muss kein Fehler sein.

Die richtige Lehre aus der Absage des Rektorskandidaten aus Zwolle hat das Regierungsprogramm nicht gezogen. Der hatte nämlich auf einen gravierenden Fehler im Hochschulgesetz aufmerksam gemacht, dessen Behebung die Finanznot weitgehend lindern könnte. Auch ihm war nämlich klar, dass der Staat die Uni nicht allein finanzieren kann. Seine Universität verfügt über vielfach höhere Einnahmen, weil sie nicht nur forscht, sondern auch Forschungsaufträge auf Kosten von Dritten durchführt und die Forschungsergebnisse selbst vermarktet. Diesen lukrativen Weg sind bei uns die Forschungszentren (CRP) gegangen. Und gerade sie ließ das Hennicotsche Gesetz – wohl auf eigenen Wunsch – vor dem Unitor stehen; d. h. sobald angewandte Forschung Geld einzuspielen verspricht, gehört das Projekt in die CRP, während die Uni leer ausgeht. So kann man keine Kassen füllen. Jede Art von Forschung, die staatlich subventioniert wird, muss in einer Hand vereinigt werden, damit die lukrativeren Projekte die weniger einträglichen mitfinanzieren. Das Regierungsprogramm spricht aber nur von Synergien zwischen der Uni und den CRP, die gesucht und verstärkt werden müssen – die angewandte Forschung für die CRP, Lehre (und Grundlagenforschung) für die Uni, scheint die angestrebte Arbeitsteilung zu sein¹ – und deutet die Einführung von Studiengebühren an.

Über die wissenschaftliche Bedeutung eines Projekts und die internationale Beachtung, die es finden wird, sagt dessen finanzieller Ertrag oder Kostenpunkt aber nichts aus. Würde man die Profitmaximierung als einzigen Maßstab der Wissenschaftlichkeit nehmen, wären die meisten geisteswissenschaftlichen Forschungsarbeiten nicht zu vertreten. Der *professeur-attaché* im Hochschulministerium, der das 2003 votierte Gesetz geschrieben hat, war seinen öffentlichen Aussagen zufolge von einer solchen Überzeugung nicht weit entfernt.

Hochwasserschäden

Nun wäre es aber falsch, alle Unzulänglichkeiten der letzten Monate dem im Gesetz nicht vorge-



aus forum 215 (April 2002): "Université de Luxembourg: Wohin geht die Reise?"

sehen, unerwarteten Hinscheiden des ersten Rektors und der notwendigen Zeit für tiefere Planungen zuzuschreiben.

Wenn Mitte Juli noch kein interner Haushalt besteht, kann das kaum auf den Tod des Rektors zurückzuführen sein.

Wenn Mitte August immer noch kein Verzeichnis der Lehrveranstaltungen für das am 27. September 2004 beginnende Wintersemester 2004-05 zur Verfügung steht, dann ist das ja wohl kaum die Schuld des verstorbenen Rektors.

Eine Ursache liegt daran, dass erst Ende Juli neue Lehrbeauftragte bestimmt wurden, da die Verträge der bisherigen Kursus-Inhaber alle mit dem akademischen Jahr 2004 ausliefen. Bislang haben nämlich nur sehr wenige Lehrkräfte eine feste Anstellung, d. h. einen Posten als Vollzeit-Professor oder Assistenz-Professor. Niemand kümmerte sich aber bis Juni um die Neubesetzung oder Ver-

Die an Hybris grenzenden Ambitionen der vergangenen Hochschulministerin bzw. ihres Beraterstabs, die die Neugründung zum Prototyp der Universität des 21. Jahrhunderts machen wollten, haben ausgedient.



„Dieses Budget muss um ein Mehrfaches erhöht werden, wenn wir den Ansprüchen einer modernen Universität gerecht werden wollen.“

Vizerektor Lehnert

längerung der befristeten Arbeitsverträge, bis die wenigen festangestellten Professoren dann die Sache selbst in die Hand nehmen. Für das Rektorat liegt die Verantwortung dazu bei den Dekanaten. Nun müssen die Sektionsverantwortlichen sogar die Arbeitsverträge aushandeln, d. h. den neu gewonnenen Mitarbeitern die von der Zentralverwaltung ausgearbeiteten, z. T. recht kurios formulierten Verträge zum Unterschreiben vorlegen.

Die Rekrutierung neuer Mitarbeiter war aber nicht einfach, weil nämlich keinesfalls feste Ganztagsposten vergeben werden durften. Dieses Recht ist per Gesetz dem ‚conseil de gouver-

nance‘ vorbehalten und wurde bislang sparsamst gehandhabt. Das „mehr als ein Dutzend Professoren und Assistenzprofessoren“, die laut Lehnert-Interview schon eingestellt wurden, gehören alle zur Rechts- und Wirtschaftsfakultät. In der geisteswissenschaftlichen Fakultät, wo immerhin etliche Posten seit Jahren unbesetzt sind, andere dieses Jahr durch den vorhersehbaren Eintritt in den Ruhestand frei werden, wurde noch kein einziger Posten ausgeschrieben. Der Lesart des Rektorats zufolge fällt aber ein Posten von Gesetzeswegen mit dem Weggang des Titulars an die Universität zurück; der ‚Conseil de gouvernance‘ kann ihn dann mit seiner bisherigen Funktion an seiner alten Fakultät wieder herstellen oder ihn für andere Zwecke umwidmen. Eine nicht nur zeitraubende Prozedur, der dann noch die sechsmonatige Kandidatenauswahl folgen wird, sondern vor allem ein Unsicherheitsfaktor erster Güte, der die Existenz ganzer Fächer von heute auf morgen mit dem Weggang, der Pensionierung oder dem frühzeitigen Tod eines Lehrstuhlinhabers in Frage stellen kann.

Gesucht werden mussten also Personen, die bereit sind, einzelne Lehrveranstaltungen zu übernehmen, dafür die notwendigen akademischen Voraussetzungen mitbringen, aber nicht erfahren können, für wie lange sie diesen auf 3 Wochenstunden begrenzten Job ausüben dürfen, da ja nicht abzuschätzen ist, wann die Veranstaltungen von einem zu ernennenden, festeingestellten Professor übernommen werden. Außerdem legt das Gesetz fest, dass diese sog. vacataires anderswo eine volle, bezahlte Arbeitsstelle haben müssen, um in ihrer Freizeit an der Uni Luxemburg lehren zu dürfen. Diese abstruse Bestimmung soll wohl die hohe Qualität an der ersten Universität des 21. Jahrhunderts sicherstellen!?

Jedem auch unerfahrenen Leser leuchtet ein, dass eine Lehrveranstaltung, die man nur in seiner Freizeit vorbereiten, abhalten und nachbereiten darf, sicher nicht mit derselben Ernsthaftigkeit angegangen wird, als wenn man dafür die nötige Zeit hat. Aber an der Spitzenuniversität, von der die Gesetzesmacher träumten, sollte man auch das erwarten.

Und so kam es, dass im Juli 2004 die medizinische Fakultät eine Anzeige veröffentlichte, in der sie den Ärzten des Landes Lehraufträge an der Uni anbot, unter der Bedingung, dass sie ihn in ihrer Freizeit ausübten, nach einem 8-12-Stundentag im Operationssaal oder in der eigenen Praxis. Wer aus Idealismus und weil er den Lehrauftrag ernstnimmt, seine Praxis für einen halben Tag schließt, riskiert gegen den Arbeitsvertrag zu verstoßen, auch wenn es sich bei den meisten Lehraufträgen nur um ein paar Stunden pro Jahr handeln dürfte.



Der geisteswissenschaftlichen Fakultät wurde die Einstellung von Hochschuldozenten als Lehrbeauftragte verboten, wenn sie an ihrer Hausuniversität oder an einer anderen nur einen Teilzeitjob haben, der dadurch bedingt ist, dass sie eben noch keinen Ruf auf einen ordentlichen Professorenstuhl erhalten haben. Das Gesetz zwingt die Uni Luxemburg solche Nachwuchswissenschaftler und ihr Engagement abzulehnen und stattdessen altgestandene Professoren zur Lehre einzuladen, die dann in Luxemburg in ihrer Freizeit eine Vorlesung halten, die sie schon am Vormittag an der eigenen Universität gehalten haben. Qualität als oberstes Gebot!, hieß es in Frau Henicots Voraussetzungen für die neue Uni.

Ebenso wurde verboten, Mitarbeiter an Forschungsprojekten, etwa des FNR, an der Lehre teilnehmen zu lassen, etwa durch Abhalten von Proseminaren für Erst- oder Zweitsemestler, weil sie als Forscher häufig nur einen Teilzeitjob haben, oder weil sie ein Stipendium beziehen und der kleine Verdienst als Lehrbeauftragter ihnen vom Stipendium abgezogen würde.

Aufräumarbeiten

Die Vizerektorin kündigt in ihrem Brief an die Hochschulgemeinschaft an erster Stelle eine bessere interne Kommunikation an. Die ist in der Tat überfällig. Doch ist sie sich bewusst, dass an erster Stelle der ‚Conseil de gouvernance‘ für mehr Transparenz sorgen muss? Dieses höchste Leitungsgremium, das dank Abwesenheit eines Rektors noch mehr Macht in seinen Händen konzentriert, als das Gesetz ihm ohnehin zuschrieb, tagt nämlich hinter verschlossenen Türen, hat alle Vollmitglieder und Mitglieder mit Beobachterstatus auf absolute Schweigepflicht eingeschworen und teilt seine Entscheidungen nicht einmal per Kommuniké der Universität mit. Vielleicht hat es auch noch gar keine Entscheidungen getroffen. Jedenfalls wird nicht einmal Antragstellern mitgeteilt, was auf ihren Antrag hin erfolgt ist.

Die Schweigepflicht macht die minimale Demokratisierung, die kurz vor Torschluss ins Gesetz eingeschrieben wurde, die Wahl eines Vertreters des Lehrkörpers und eines Vertreters der Studentenschaft mit beratender Stimme, endgültig zur Farce: Sie dürfen nämlich die sie delegierenden Gremien nicht einmal über die Überlegungen und Entscheidungen des obersten Universitätsrates informieren! Jetzt wird verständlich, warum die Hochschulministerin bzw. der Regierungskommissar in spe schließlich mit dieser Gesetzesänderung einverstanden waren. Sie hatten sofort den Trick gefunden, die demokratische Öffnung zum Alibi zu degradieren.

Trotz aller dieser nicht vom Rektorat zu verantwortenden Abstrusitäten, die der Uni Luxemburg in der akademischen Welt Europas sicher große Ehre einbringen werden, denn die wissenschaftliche Gemeinschaft ist klein und derartiges spricht sich schnell rum, haben die wenigen Universitätsangehörigen, die einen Vollzeitjob ergattert haben, allen Unkenrufen des *Land-Leitartiklers* zum Trotz die Zeit seit dem Tod von François Tavenas nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern die unverhoffte Pause kreativ umgesetzt. So haben mittlerweile alle Fächer und Fakultäten Pläne in der Schublade, wie sie ihr Fach weiterentwickeln wollen. Damit kann ein weiterer Geburtsfehler der neuen Universität überwunden werden. Deren selbsternannte Schöpfer im Ministerium gingen bekanntlich davon aus, dass es in Luxemburg auf keinem Gebiet jemals ernsthafte Forschung gegeben habe. Im Ausland ist man da allerdings anderer Meinung und Forscher wie Forschungsprojekte, die in Luxemburg seit Jahren aktiv sind, finden durchaus internationale Anerkennung. Wenn nun die einzelnen Disziplinen selbst ihre Entwicklungspläne ausarbeiten können, bekommen diese Erfahrungen einen völlig neuen Stellenwert. Dann wird sich zeigen, dass in der Tat keine hochtrabenden Projekte von außen nach Luxemburg gebracht werden müssen, um exotische ‚centres d'excellence‘ aufzubauen, da solche seit langem schon bestehen.

Die neue Koalition hat sich offenbar darauf verständigt, eher die Ansprüche zurückzuschrauben als das Budget zu erhöhen.





Das höchste Leitungsgremium tagt hinter verschlossenen Türen und teilt Entscheidungen nicht einmal per Kommuniké der Universität mit. Vielleicht hat es auch noch gar keine getroffen.

Am CRP Santé bzw. am Laboratoire nationale de la Santé betreibt Prof. Dr. Claude Muller immunologische Forschungen, die dank guter Öffentlichkeitsarbeit schon seit längerem von sich reden machen. Andere Projekte dürften demnächst auch aus ihrem Schatten treten, wenn die Uni mal einen ihr würdigen Pressedienst aufgebaut hat.

Unter anderen ist auch das Bachelor-Studium in der geisteswissenschaftlichen Fakultät spruchreif geworden, das unter dem Namen *Studium generale* sich nicht (nur), wie Jean-Paul Lehnens im *Télécran* zitiert wird, „an Abiturienten (richtet),

die nach bestandenen Examen bei der Fächerwahl unschlüssig sind, und ihnen helfen (soll), ihre Talente zu identifizieren“, sondern das eingerichtet werden soll, weil ein Wissenschaftler es sich heute nicht mehr leisten kann Fachidiot zu sein. Die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildeten Grenzen zwischen den einzelnen Disziplinen sind ja z. T. absolut künstlich und tragen der immer komplexeren Welt nicht Rechnung. Jeder Wissenschaftler muss sich heute auch in den Nachbardisziplinen auskennen, mit ihnen zusammenarbeiten, ihre Methodik verstehen und gegebenenfalls bei sich anwenden können. Aus diesem Grund sollen die Studenten der Uni Luxemburg von Anfang an einen Einblick in die verschiedensten Fächer erhalten und das gewählte Hauptfach soll im Lauf des dreijährigen Grundstudiums erst nach und nach in den Mittelpunkt rücken. Diese Interdisziplinarität entspricht übrigens voll und ganz dem Gesetz von 2003.

Auch das Organigramm und das Arbeitsprogramm eines Zentrums für Luxemburg-Studien, das der neuen Regierung offenbar sehr am Herzen liegt², liegen fertig auf dem Tisch des ‚conseil de gouvernance‘ bzw. der Regierung.

Den zwei neuen Regierungsverantwortlichen für das Hochschul- und Forschungswesen ist jedenfalls zu wünschen, dass sie nicht nur mit der Wirtschaftswelt und den Führungsgremien der Universität Kontakt aufnehmen, sondern auch den Dozenten und Forschern Gehör schenken werden. Für verhältnismäßig wenig Geld ließen sich Projekte verwirklichen, die sowohl der Luxemburger Gesellschaft als auch dem Ansehen Luxemburgs in der Großregion und in der Welt nur Nutzen einbringen können.



¹ In einer vorläufigen Fassung des Regierungsprogramms, die *forum* unbeabsichtigt Weise einsehen konnte, hieß es sogar ausdrücklich: „il convient de distinguer entre la recherche fondamentale, menée principalement dans un environnement universitaire, et la recherche appliquée, domaine privilégié des Centre de recherche publics, dont le but ultime est le transfert de technologies facilitant le développement de nouveaux procédés et produits dans les entreprises.“ Der Passus wurde von Claude Wiseler gelöscht; er zeigt aber, dass man am Geist des Gesetzes festhält und bewusst der Uni eine wesentliche, potenzielle Einnahmenquelle vorenthält.

² In der ersten Fassung des Regierungsprogramms hieß es: „Le Gouvernement proposera à l'Université de (!) Luxembourg de mettre rapidement sur pied un institut de recherche sur la langue, la culture et la société luxembourgeoises, les flux migratoires et l'intégration.“ Wohl aus Rücksicht auf die Autonomie der Universität lautet der Passus in der Endfassung etwas unverbindlicher: „Le Gouvernement encouragera la recherche sur la langue, la culture et la société luxembourgeoises, les flux migratoires et l'intégration.“